

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unvollständig eingelangte Manuskripte
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Friftverlängerung in der Entschädigungsfrage.

Einzelheiten aus dem Wirtschaftsmemorandum des Obersten Rates Verlängerung der Festlegungstriest. — Die europäische Valuta. — Der Wiederaufbau.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

W. Basel, 10. März.
Aus Paris wird gemeldet: Das Memorandum des
Obersten Wirtschaftsrates umfasst, wie dem 'Temps' ge-
meldet wird, fünf deutlich unterschiedene Teile:
1. Einleitende Bemerkungen über die allgemeine Wirtschaftslage
und die Valutaverhältnisse.
2. Hinweis auf die Notwendigkeit der Wiederherstellung
der zerstörten Gebiete sowie des wirtschaftlichen Wieder-
aufbaues von Deutschland und Oesterreich.
3. Bedingungen für die Wiederherstellung des Wir-
tschaftslebens in Europa und Vorschläge für die Sanie-
rung der Finanzgebarung in den verschiedenen Ländern.
4. Positive Maßnahmen für den Wiederaufbau der zerstörten
Gebiete.
5. Festsetzung der Frist für die Beseitigung der von Deutschland
zu entrichtenden Entschädigungssumme und positive Maß-
nahmen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands
und Oesterreichs.

Nachdem das Dokument zu den gegenwärtigen Valuta-
verhältnissen Stellung genommen hat, wird erklärt, daß die
europäischen Regierungen nicht mehr in der Lage seien, weitere
finanzielle Vorstöße zu geben, da jede Anleihe, die nicht für
die sofortigen Bedürfnisse des Staates, der sie aufnehmen müsse, bestimmt
sei, den Notenlauf nur vergrößere. Es können nur noch sehr
beschränkte Kredite in dringenden Fällen gewährt werden.
Soll das Valutaverhältnis gebessert werden, so müssen zuerst die
kommerziellen Kredite wieder hergestellt sein. Auf
welche Weise dies am besten geschieht, wird die internationale Finanz-
kommission, die unter den Auspizien des Völkerbundes zusamen-
getreten wird, festzustellen haben. Der Wirtschaftsrat ist der Meinung,
daß die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete eine Frage von
europäischer Bedeutung ist. Was Deutschland betrifft, so stellt
er fest, daß sein Initiativgeist gehoben ist, und daß es
Deutschland unmöglich ist, im Auslande Geld aufzunehmen, solange
man die im Verträge vorgesehene Entschädigungsforderung nicht
pflanzmäßig summt. Es sei daher im Interesse der Alliierten,
die Summe so rasch wie möglich festzusetzen.
Deutschland müsse in den Stand gesetzt werden, sich Lebensmittel
und Rohstoffe beschaffen zu können. Für Oesterreich müsse eine unmittel-
bare Hilfsaktion eingeleitet werden.
Was den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete an-
belangt, so seien hierzu ungeheure Summen nötig, und es sei nicht

möglich, abzuwarten, bis Deutschland die geschuldete Entschädigungs-
summe bezahlt habe. Auch hier müsse der Weg der Anleihe be-
schritten werden, die auf die Summe aufgenommen werden könne,
die Deutschland ratenweise entrichten wolle. Die Einschränkung in
der Kreditgewährung, die der Wirtschaftsrat vorschlägt, gelten nicht
für die Anleihen, die zum Zwecke des Wiederaufbaues der zerstörten
Gebiete aufgelegt werden müssen.

Bezüglich Deutschlands und Oesterreichs werden folgende Be-
schlüsse gefaßt: Die von der Kommission vertretenen Mächte
stimmen überein, ihren Vertretern in der Wirtschaftskommission zu
empfehlen, Deutschland mitzuteilen, daß eine längere Frist als
die im Verträge festgesetzten vier Monate gewährt wird, um
die Gesamtsumme der Entschädigung vorzuschlagen. Deutsch-
land soll gefragt werden, ob es bereit sei, einen Vorschlag zu machen, wie
jener, der in der Note vom 17. Juni 1919 empfohlen wurde, und
der bezweckt, so bald wie möglich eine endgültige Gesamt-
summe der Entschädigung festzusetzen, wobei die Summe
sich nach der Zahlungsfähigkeit Deutschlands richten
würde. Ferner soll die Wiederermittlungskommission entsprechend
Artikel 235 des Friedensvertrages Maßnahmen ergreifen, die
Deutschland gestatten, sich die unerlässlichen Lebensmittel
und Rohstoffe zu beschaffen, und schließlich Deutschland er-
mächtigt werden (und ebenso Oesterreich), im Auslande eine
Anleihe aufzunehmen, um diese Anleihe zu bezahlen.

Daag, 10. März.
Ein Korrespondent der 'Daily Express' hatte eine Unterredung
mit Lord Seberholme, der meinte, Deutschland könne erst an
lehter Stelle geholfen werden, solange nicht festgestellt, daß die
Obersten Rates an Deutschland keinen neuen Angriff dieses Landes
auf Frankreich auslösen würde. Belgien, Serbien, Armenien, be-
sonders aber Belgien, dessen Finanzen durch die Lebensverwen-
nung mit deutscher Mark völlig in Unordnung geraten sind, sollte zuerst
geholfen werden. In einer zweiten Unterredung mit dem Vertreter
der 'Daily Express' erklärte Lord Robert Cecil, daß Eng-
land und die Welt von dem Untergang Deutschlands nichts
Gutes erwarten könnten, und daß man dasselbe daher unter-
suchen müsse, damit es wieder zahlungsfähig werde und seinen Handel
aufnehmen kann. — Die 'Morning Post' veröffentlicht eine Unter-
redung seines Washingtoner Korrespondenten mit einem un-
genannten amerikanischen Bankier, der als sach-
verständiger Berater der Delegation in Paris
tätig war, und jetzt über Deutschlands Treubruch sich bitter beklagt.
Er erblickt den Treubruch darin, daß Deutschland die Friedens-
bedingungen nicht ausführt und als Grund dafür die Zahlungsschwierig-
keit seiner Industrie angibt. „Wenn 90 000 Käufer, darunter 14 000 Aus-
länder, die Seizergüter besichtigen, muß Deutschland nicht nur Pro-
dukte seiner eigenen Industrie ausführen können, sondern ist wahr-
scheinlich auch in einer viel besseren Lage als A. Italien und Frank-
reich. Wozu braucht es ein Darlehen zum Ankauf von Rohmaterialien,
wenn es nicht zur Ausfuhr imstande ist?“

Holland und die deutsche Mark.

Berechnungen und Vorwürfe.

Von (Nachdruck verboten.)
Vlondro (Haag).
Der 'Nieuwe Courant' im Haag, der in Holland mit Recht
eine führende Stellung einnimmt, bringt einen Artikel über
das Kaufen in Deutschland, dessen Verfasser sich
mit 'Civis' unterzeichnet. Civis geht davon aus, daß das
Kaufen zu billigen Preisen in Deutschland durch Holländer, die
dabei von dem hohen Stande des Guldens profitieren, sowohl
in Deutschland wie auch in Holland mit einer gewissen
Verachtung und Geringschätzung beurteilt werde. Diese An-
gelegenheit verdient aber, wie Civis meint, eine andere Be-
trachtung, wobei man, immer nach Civis, das Verhalten des
Käufers von der prinzipiellen Frage unterscheiden müsse. Die
Sache ist, nach der Meinung der Verfasser, die Frage, wie
die Markpreise nach Holland hineingekommen sind, die man
nur für 2,5 bis 4 Cents per Stück bekommen kann. Diese
Markpreise seien durchaus nicht ein Geschenk Deutschlands,
sondern eine Gegenleistung für Waren, die Holland jahrelang
nach Deutschland geliefert hat. (In einigen Fällen auch im
Austausch für Gold erworben, das heimlich nach Deutschland
gebracht worden ist, und für Forderungen in Gulden, die auf
Holland lauteten.) Sehr viele dieser Markpreise nun seien zu
50, 50 45, 40 und so abwärts weiter eingekauft worden, bis
ihre Wert nur noch um 3 Cents spielte. Anders ausgedrückt, heißt
das, daß diese Markpreise für einen Gulden gab, wenn der
Kurs, wie er es längere Zeit tat, bei 40 stand, oder dreieinhalb
Mark für einen Gulden, wenn der Kurs auf 30 stand, usw.
Wenn man nun den mittleren Wert der vorhandenen
Markpreise aus den verschiedenen Preisen, die für sie in Cents
erzielt worden sind, berechnet, dann sei durch die mittlere
für die in Holland liegenden Mark viel mehr als die
jetztigen 3 Cents bezahlt worden. Wenn man mit einem
Durchschnittspreis von 16,8 Cents für die Mark rechnet, dann
sei man der Wahrheit sehr viel näher, als wenn man sie in der
Umgebung von durchschnittlich 3 Cents sucht. (Es werden von
sehr sachverständiger Seite in der Tat noch viel höhere
Schätzungen, bis zu 27 Cents, als Durchschnittspreis der
„holländischen Mark" genannt.) Civis berechnet nun, daß der
einzelne, der die Mark für 3 Cents in seinen Besitz bringt
— und zwar von jemand, der den angenommenen Durch-
schnittspreis hat und nun 13,3 Cents an jeder Mark ver-
liert — jetzt allerdings eine Ware, die in Holland 100 Gulden
wert ist, in Deutschland tatsächlich für 1000 Mark fauft, sie aber
persönlich für 48 Gulden erlöst und infolgedessen einen
persönlichen Vorteil von 52 Gulden hat. Gegenüber
seinem Vorteil von 52 Gulden aber steht für den, dem er die
Markpreise abgekauft hat, ein Verlust von 217,60
Gulden, nämlich 1600 mal 13,6 Cents. Wühin rechnet die
holländische Volk für die betreffende Ware nicht 48,
sondern 265,60 Gulden, das heißt 217,60 plus 48 Gulden, und
also nicht die Hälfte des Wertes, sondern das dreieinhalb-
fache des Wertes. Dieses interessante Rechenexempel stimmt
ohne Zweifel.

Civis geht nun der Einfachheit halber für seine weitere
Rechnung voraus, daß sich eine Milliarde Mark in
Holland befinden, während tatsächlich diese 57 Milliarden
in holländischen Händen sind. Diese Milliarde hat, immer
unter gleichen Voraussetzungen, tatsächlich 166 Millionen
Gulden gekostet, was Civis gleichsetzt mit der Lieferung von
Gütern im Betrage von 166 Millionen Gulden. Wiederholt
man das eben gemachte Rechenexempel, so kommt nun, wenn
man wieder mit Mark zu 3 Cents in Deutschland kauft, ein
Verlust von 106 Millionen Gulden an jeder Mil-
liarde Mark heraus. Es kann also sagt Civis, gar keine Rede sein
von einer „Ablinderung Deutschlands", sondern wir bekommen
nur einen kleinen Teil dessen zurück, was wir Deutschland
durch die Annahme von Markpreisen gegeben hatten. In-
folgedessen könne man es nicht völlig billigen, wenn jetzt
Deutschland Ausfuhrverbote erlasse. Man habe die Mark
nicht als Tapetenpapier gekauft, sondern in der Aussicht,
später dafür wieder Güter aus Deutschland zu beziehen. Den
einzelnen könne man in Deutschland nicht zum Verkauf
zwingen, aber der deutschen Regierung stehe es nicht an,
unter diesen Umständen Ausfuhrverbote gegen Holland zu
erlassen. Es lasse sich hören, daß gewisse Holländer groß-
mütig sein sollten und sagen: „Persönlich verliere ich nicht an
der Mark und darum will ich nun keine Profite auf Kosten
eines schwer getroffenen Landes machen." Man kann sich
auch noch großmütiger andere Holländer denken, die sagen:
„Ich habe an der Mark viel verloren, aber ich will nicht
davon profitieren, daß man sich in Deutschland kein Bild
von den Weltmarktpreisen macht." Es gibt auch Leute, die
Lebensmittel aus Deutschland ausführen, und das findet
Civis sehr unympathisch, aber annehmlich, daß das billige
Kaufen in Deutschland mit Gulden wirklich billig sei, sei
falsch. Tatsächlich würden, wie ausgerechnet, sehr hohe Preise
bezahlt, mithin ist es eine schiefte Vorstellung, daß es sich um
eine Art Plünderung handle, und das Ausfuhrverbot sei
also nicht gerecht.

Das Rechenexempel, wie gesagt, stimmt. Aber jedenfalls ist
ein e latitische Voraussetzung ganz falsch: daß nämlich die un-
geheuren Markpreise, die sich im Kriege in Holland auf-
gekauft haben, fast ausschließlich den Gegenwert gelieferteter
Güter darstellten. Ein sehr großer Teil der gelieferten Güter
ist mit deutschen Gütern im Gegenzug bezahlt worden, und
war besonders im Fall der Kohlen mit Gütern, die für
uns den allergrößten Wert hatten, und deren Vergabe jedes-
mal ein Schmerz war. Tatsache ist, daß die vorhandenen
Markpreise zu einem sehr großen Betrage rein aus spe-
kulativen Gründen nach Holland gekommen sind.
Man hat schon im Kriege die Beobachtung machen können, daß
selbst sehr deutschfeindliche Holländer doch große Posten Mark,

Das kommende Kabinett Branting.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

h. Stockholm, 10. März.
Dieser Tage ist der Sozialistenführer Branting zum König be-
ruhen worden, um die Kabinettsbildung zu übernehmen. Man
nimmt an, daß Branting nach Beratung mit der heute zusamen-
tretenden sozialistischen Reichstagsgruppe den Auftrag an-
nehmen wird. Er wird es nicht als Triumphator tun. Denn
es wäre verfehlt, anzunehmen, daß der Rücktritt der Bio-
deratung Eden irgendwie als Ausdruck der Unzufriedenheit
der schwebenden Opposition anzufassen wäre, daß er unter them
Eindruck erfolgt wäre. Sein Sieg der Opposition ist es. Die eigenen
Freunde, Kollegen von gestern, haben das Kabinett gelpregnet.
In diesen Sprengstoff gab die von den Sozialdemokraten aus-
gearbeitete gerechte neue Kommunalsteuervorlage ab, die
das herrschende Mißverhältnis zwischen der Einkommen-
und Eigentumssteuer zugunsten der ersten auf gerechte Weise
billigieren sollte. Kein liberales Mitglied der Bio deratung war
für die Steuervorlage zu gewinnen! Dazu kam die Opposition
der linken gegen die inzwischen genehmigte Vorlage über
den Eintritt in den Völkerbund. Aber man ließ
das Kabinett Eden noch bis zur Erledigung dieser Vor-
lage am Leben. Nachdem es sich jetzt ganz aufgelöst und überlebt
hat, kann es vom Kabinett Branting abgelöst werden.
Die Demission erfolgte mit der Motivierung, daß die Voraus-
setzungen, die eine liberal-sozialistische Koalitionstellung postulierten,
nicht mehr vorhanden sind. Eden selbst hat vor seinem Rück-
tritt dem Könige den Rat gegeben, Branting den Auftrag zur
Bildung des Kabinetts zu geben. Politisch-parlamentarisch motivierte
es dies folgendermaßen: Keine Partei allein verfügt im Reichstag
über in erster der beiden Kamern über eine absolute Mehrheit.
Da nun der jetzige Reichstag keine Möglichkeit vorhanden
hat, einen anderen zusammenzukommen — etwa durch Verchiebung
der Stimmabgabe nach rechts zu den Konserverativen — und die sozial-
demokratische Partei die mächtigste des Reichstags und in
der zweiten Kammer ist, so ist sie die einzige, die über eine Mög-
lichkeit verfügt, für ihren Vorschlag (die Kommunalsteuerreform)
eine Mehrheit zu erzielen.

Branting, das wird wiederholt versichert, übernimmt nur
wagern das Ruder. Man sprach auch von einem Kabinett
koalition unter der Führung des jetzigen, am Vollen ver-
bleibenden Sozialistens, der schon wegen der Kommunalsteuer-
reform zur Zentralfigur im neuen Kabinett prädestiniert war. In
dem Falle würde Branting das Auswärtige Amt zu-
stellen, das er ebenfalls de facto befehligt, ja sogar wenn er
billig dem neuen reinsozialistischen Kabinett aus irgendeinem
Grunde fern bleiben sollte. Denn seit über zwei Jahren hat Branting
in wichtigen Fragen die auswärtige Politik bestimmt. Dies
bevor besonders die hiesigen Entsendungsdiplomaten verstanden, die

stets über seine persönliche Auffassung als Richtschnur ihrer
Scheibenpolitik sich informieren und um seine Gunst buhlen. Es
ist verfehlt, Branting als einen Deutschenfeind dar-
zustellen. Ich erinnere nur an die warmen Worte, die er im
Reichstage für Deutschlands Not führte, sogar gegen seinen Partei-
genossen Thorson — es war dies vor einigen Wochen, als die
Regierung einen Dreimillionenkredit zum Ankauf von
Schwebelisen für Deutschland abrichtete. Damals schloß sich
Branting der Reichstagsopposition in dieser Frage an!

Wer Minister des Neuen wird, ist nicht mit Sicherheit vor-
auszusehen. Man sagt, daß der bisherige Marineminister Baron
Palmhierna hierzu die meisten Aussichten hätte, weil er
neben Branting der einzige Sozialdemokrat ist, der im Kontakte
und Erfahrung die auswärtigen Angelegenheiten behandeln
könnte. Sonst möchte man am liebsten einen partei-
losen Berufsdiplomaten haben — man meint darunter in erster Linie
wahrscheinlich den Schwedischen Gesandten in Kristiana, Baron
Kamel. Der Chefredakteur des 'Socialdemokraten', Min-
Gansson, ein radikaler Antimilitarist, soll Kriegsminister
werden!

Ein rein sozialdemokratisches Kabinett in einer
konstitutionellen Monarchie ist eine politische Reu-
bildung. Wir werden sehen, ob dieses Experiment lebensfähig ist.
Die bisherigen Linksozialisten werden es jedenfalls be-
kampfen, dies hat schon vor Monaten ihr Führer Höglund, der
jede einseitige sozialdemokratisch-linksozialistische Kombination ab-
lehnte, verkündet.

Gelehrte

als Opfer der russischen Volksheroen.

(Telegramme.)

Kopenhagen, 10. März. (W. I. B.)

„Politiken" meldet aus Helsingfors: Der Sekretär der
russischen Akademie der Wissenschaften, der sich
gegenwärtig in Wiborg aufhält, teilt mit, daß folgende russische
Gelehrte von den Volksheroen getötet worden
seien: der Professor der Staatsrechts Dschafanow, die Pro-
fessoren für Nationalökonomie Hesse, Sobich und Kofin,
der Geologe Inostranzew, der Botaniker Gobi, der Egypto-
loge Wolkow, der Vorsteher der Landwirtschaftslehre Rudsch-
schow der das Riblungelied in das Russische überfetzt hat, sowie
der Professor der Musik am Konservatorium Petrow.

Amsterdam, 10. März. (W. I. B.)

Die 'Times' melden aus Warschau, daß die Polen dem
russischen roten Heere eine Niederlage bei Kalen-
kowsk beigebracht, mehr als tausend Gefangene gemacht und
viel Kriegsgerät erbeutet haben.